



„Mir hunn et jo“ – Eine Politik des Überflusses

Vorige Woche hat die Regierung Bettel eine umfassende Steuerreform verabschiedet. Die CSJ schätzt diese als opportunistisch, unverantwortlich und respektlos gegenüber den kommenden Generationen ein, denn sie riskiert nicht nur rund eine Milliarde Euro an Haushaltsdefizit für das Jahr 2017 mit sich bringen, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die folgenden Haushalte schwer belasten.

Um diese Reform vor der EU Kommission und der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen, hat die Regierung die Definition eines „konsolidierten Haushalts“ auf trügerische Art verändert. Sie hat das Haushaltsziel kurzfristig von + 0,5 % auf – 0,5 % gesenkt. Dies hat laut dem Nationalrat für öffentliche Finanzen zur Folge, dass sich die Begrenzung der Schulden implizit auf 60 % erhöht, anstelle der eigentlich vom Regierungsplan vorgesehenen 30 %. Dadurch bindet sich die Regierung faktisch auch an die umstrittene Hypothese eines demographischen Wachstums, dessen Ziel eine Bevölkerung von 1,1 Millionen Einwohnern bis 2060 ist.

Das hoch angepriesene Motto „Haushaltssanierung“, welches die letzten drei Jahre im Vordergrund der Regierung stand, scheint somit in Vergessenheit geraten zu sein.

Die CSJ hinterfragt die Zweckmäßigkeit der Kosten einer solchen Maßnahme und zeigt sich besorgt über mögliche Konsequenzen für die langfristige finanzielle Situation des Landes.

Der Premierminister scheint die Bürger beruhigen zu wollen, indem er hervorhebt, dass das Großherzogtum sich derartige Ausgaben „erlauben könne“ ohne, dass diese einen schwerwiegenden Einfluss auf die öffentlichen Finanzen des Landes hätten.

Es stellt sich aber die Frage, ob Luxemburg sich Derartiges tatsächlich „erlauben“ kann. Man kommt nicht umhin, festzustellen, dass das jetzige starke wirtschaftliche Wachstum unseres Landes, der Regierung eine relativ komfortable Lage im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn ermöglicht hat. Diese ist aber leider nicht auf lange Sicht gesichert. Tatsächlich sind die Finanzmärkte nicht vor neuen Turbulenzen sicher, nicht zuletzt, weil die aktuelle politische und wirtschaftliche Instabilität in Europa zu äußerster Umsicht mahnt.

Unter der letzten Regierung stieg das Haushaltsdefizit zwar ebenfalls an, allerdings geschah dies aus ganz anderen Gründen: 2008 griff Luxemburg auf eine keynesianische Politik zurück, die vorschreibt, dass man zu Krisenzeiten die öffentlichen Ausgaben steigert, auch wenn die Steuereinnahmen zurückgehen.

Heute dagegen glaubt die aktuelle Regierung es besser zu machen, indem sie auf eine zyklische Politik setzt. Anstatt einen Vorteil aus dem aktuellen Wirtschaftswachstum zu ziehen und endlich die Staatsfinanzen zu sanieren, zieht sie es vor, in naher Zukunft noch

mehr Schulden aufnehmen zu müssen, um in erster Linie eine teure Steuerreform zu finanzieren. **Hierbei handelt es sich um eine kurzfristige Haushaltspolitik, die in unseren Augen einen erschreckenden Mangel an finanzpolitischer Disziplin offenlegt.** Die Regierung zieht es stattdessen vor, sich taub zustellen und auch die Meinungen von Institutionen wie der Luxemburgischen Zentralbank, dem Internationalen Währungsfonds oder der Handwerkskammer zu ignorieren, die allesamt eine umsichtigeren Herangehensweise empfehlen.

Dies wird noch durch die halbherzige Umsetzung des „Zukunftspak“ und durch die rezente Lohnvereinbarung mit dem öffentlichen Dienst verschlimmert, die gemeinsam mit der Steuerreform von einer Politik des Überflusses zu Lasten der kommenden Jahre zeugen.

All dies lässt also nicht nur am Verantwortungsbewusstsein dieser Regierung zweifeln, sondern auch einen gewissen Opportunismus hinsichtlich der kommenden Wahlen feststellen.